

Schutz aktuell Initiative



JA ZUM SCHUTZ
vor Sexualisierung
in Kindergarten
und Primarschule



Toni Bortoluzzi
alt Nationalrat

Aufruf zum Widerstand

Fehlentwicklungen im Bildungswesen bleiben oft lange unwidersprochen, weil Forderungen von Fachleuten aus den Bereichen Bildung, Erziehung und Gesundheit wohlwollend und glaubwürdig daherkommen. So versuchen sogenannte «Experten» immer wieder, neue pädagogische Konzepte als modern und absolut notwendig zu verkaufen.

So waren es vor einigen Jahren Vertreter der pädagogischen Hochschule Luzern, die mit detaillierten Empfehlungen für eine neue Form von «Sexualerziehung» ab Kindergarten an die Öffentlichkeit getreten sind. Der berechtigte Sturm der Enttäuschung aus der Bevölkerung hat dann zum stillen Rückzug dieser umstrittenen Empfehlungen geführt.

Die Annahme, damit hätte bezüglich der Sexualkunde die Vernunft in unserem Land wieder Einzug gehalten, entpuppt sich als falsch. Die Stiftung «Sexuelle Gesundheit Schweiz» (SGS) hat sich zum Ziel gesetzt, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) propagierte Sexualerziehung ab Vorschulalter auch in unserem Land durchzusetzen.

Die vom Bund mit Millionen subventionierte Organisation ist eine von der Gender-Ideologie gesteuerte Stiftung. Sie orientiert sich an einer Kinder sexualisierenden, mutmasslich von pädophilen Strömungen beeinflussten «Sexualerziehung» ab Geburt!

Jetzt warnen Kinderpsychiater, Psychologen und Mediziner in klaren Worten vor den Folgen dieser verfehlten Sexualerziehung bei Kleinkindern. Eltern wissen um das sensible Thema der Sexualaufklärung ihrer heranwachsenden Kinder. Es ist völlig falsch zu glauben, man müsse Kindern das Thema *aufzwingen*!

Helfen Sie mit, unsere Kinder vor dieser verheerenden «Sexualerziehung» zu schützen. Wir brauchen Ihre Unterstützung, um einer durch zweifelhafte Organisationen fabrizierten Sexualaufklärung im Vorschulalter erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Toni Bortoluzzi, alt Nationalrat

Verheerende Folgen der WHO-Sexu

20 Experten warnen

Dr. Maurice Berger, Kinderpsychiater und emeritierte Professor der Universität Lyon, hat als Sprecher einer Gruppe von 20 medizinischen Fachleuten im Juni 2017 einen Alarmruf in Form einer Petition¹ an die französische Gesellschaft abgegeben. Darin warnt er eindrücklich vor den verheerenden Folgen für Kinder der in Texten der WHO und der IPPF² propagierten Sexualaufklärung ab Vorschulalter. Berger ruft zum Widerstand in der Bevölkerung auf.

Relevant für die Schweiz ist dieser Hilferuf, weil sich die Berner Stiftung «Sexuelle Gesundheit Schweiz» (SGS) zum Ziel gesetzt hat, dieselben WHO-Standards für Sexualaufklärung in der gesamten Schweiz einzuführen. Ebenso beauftragt sich SGS auf die umstrittene «Deklaration der sexuellen Rechte» der IPPF. Die Stiftung SGS wird jährlich vom Bundesamt für Gesundheit mit Millionenbeiträgen unterstützt.



Prof. Maurice Berger, Kinderpsychiater und emeritierter Professor, Universität Lyon

Die Vorgaben der WHO werden in Frankreich von den Petitionären massiv kritisiert: Die Gruppe, bestehend aus Ärzten, Psychiatern, klinischen Psychologen und Traumaspezialisten, warnt ausdrücklich vor der Behauptung, kleine Kinder hätten eine Sexualität, welche mithilfe einer entsprechenden «Sexualerziehung» durch Erwachsene physisch und psychisch geweckt, quasi aktiviert werden müsste³. Die Mediziner warnen weiter vor den gravierenden Risiken einer solchen «Sexualerziehung» und vor den postulierten «sexuellen Rechten», welche die Kinder traumatisieren würden.

In dramatischen Worten warnt der Kinderpsychiater Dr. Maurice Berger in einem Video⁴ vor diesem kinderschädigenden Paradigmawechsel in der Sexualaufklärung. Erwachsene sollen Kinder jünger als 15 Jahre auf keinen Fall in Sachen «Sexualität» und «sexueller Lust» «erziehen».

Auch die anderen Petitionäre warnen ausdrücklich davor, dass Erwachsene mit Kindern über Sexualität sprechen, wenn das Bedürfnis dazu nicht vom Kind kommt. Das Eindringen in die Psyche des Kindes bekomme eine inzestuöse Tonalität: Der Erwachsene bringe mit seinen Gedanken zur Geschlechtlichkeit das Kind durcheinander, womit er von der Rolle des Aufklärers in die Rolle des Verführers rutsche⁵.

Auch sei es wichtig und notwendig, die Wünsche von gewissen Erwachsenen und Lobbygruppen, welche diese Programme erstellt haben, wie auch die Herkunft dieser «sexuellen Rechte» und dieser sog. «Sexualerziehung», zu hinterfragen!

Vorwurf: Pädophilie und Totalitarismus!

Ariane Bilheran ist promovierte Psychologin und weitgereiste Fachbuchautorin. In ihrem Buch «Der Schwindel der sexuellen Rechte: Oder das Gesetz des Pädophilen im Dienste des weltweiten Totalitarismus»⁶ kommt sie zum Schluss, dass bei der Erstellung der WHO-Standards und der «Deklaration der sexuellen Rechte» der IPPF international bestens vernetzte Pädophilennetzwerke mitgewirkt haben müssen. So sagt sie, dass die Pädophilie gerade darin bestehe, das Kind zu sexualisieren, und man sehe doch klar, dass das mit diesen Programmen systematisch gemacht werde.

Minutiös analysiert und kommentiert Bilheran in ihrem Buch (nur auf Französisch erhältlich) die einzelnen Textpassagen der internationalen Standards der WHO und kommt

Sexualerziehung



Dr. Ariane Bilheran, Psychologieprofessorin,
klinische Psychologin, Doktor in Psychopathologie

dabei zum Schluss, dass damit der Weg freigemacht werden soll, zukünftig den gesetzlichen Schutz der Minderjährigen und Kinder abzuschaffen.

Auch mit dem vorgeschobenen Argument des Kinderschutzes durch Aufklärung hätten diese Inhalte nichts zu tun, hält sie fest, und fügt an: «Sondern es geht dabei nur darum, die **Prävention als perversen Vorwand zu benutzen, um Ideologien und pädophiles Verhalten auszudrücken**».

Auf Anfrage von *Schutzinitiative aktuell* kritisiert Bilheran an den WHO-Standards zudem, dass weder anerkannte medizinische Fachpersonen (z.B. Kinderpsychiater und Therapeuten) noch anerkannte Rechtsexperten vorgängig konsultiert worden seien. Es habe keine kontradiktorischen Debatten zwischen Experten gegeben und auch das Volk sei ausgeschlossen worden. Das sei ein totalitäres Vorgehen.

Die Implementierung dieser WHO-Standards sei eine konzertierte internationale Aktion und Bilherman mahnt ausdrücklich: «... die **totalitäre Dimension des Geschehens zu erfassen. Ansonsten riskiere man, nicht richtig darauf reagieren zu können**».

Das will Prof. Berger erreichen:

Petition: Stopp dem gefährlichen Schwindel der «sexuellen Rechte» und der «Sexualerziehung».

Die Petitionäre präsentieren 7 Vorschläge:

1. Sofortiger Stopp dieser «Sexualerziehung» in Kindergarten und Primarschule.
2. Sofort aufhören, über die Gendertheorie zu sprechen.
3. Ab 14 Jahren die Information über Sexualität beschränken auf die Prävention der Risiken, basierend auf wissenschaftlichen Fakten.
4. Wachsamkeits- oder Regulierungskomitees auf nationaler oder regionaler Ebene gründen.
5. Rückzug der Begriffe «sexuelle Rechte», «Sexualerziehung» und aller direkter und indirekter Verweise auf die Texte «Deklaration der sexuellen Rechte» und der WHO-Standards für Europa, sowie deren Inhalte in allen staatlichen Hilfsmitteln.
6. Die Eltern pflichtgetreu über die vorgeschlagenen Programme informieren.
7. Die Erstellung eines genauen Programmes auf nationaler Ebene in Zusammenarbeit mit Kinderpsychiatern und Kinderpsychologen, um die psychische Gesundheit der Kinder zu garantieren und die Auswüchse an bestimmten Schulen zu vermeiden.

¹ <https://procontreeducsex.wordpress.com/>

² IPPF: International Planned Parenthood Federation

³ Siehe auch «Kinder sind keine sexuellen Wesen!» in *SI aktuell* Nr. 19, März 2017

⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=FiSipSQ0qpl&feature=youtu.be>

⁵ Siehe dazu auch den Videobeitrag des Psychiaters Christian Spaemann: <http://schutzinitiative.ch/symposium-sexualpaedagogik-der-vielfalt-kritik-einer-herrschenden-lehre>

⁶ «L'imposture des droits sexuels: Ou la loi du pédophile au service du totalitarisme mondial», Ariane Bilheran, Kindle Edition, 23.3.2017, Verlag: www.amazon.de, als Taschenbuch erhältlich oder downloadbar

Professor zwingt Google in die Knie

Google und Facebook haben dem kanadischen Psychologie-Professor und kämpferischen Gender-Kritiker Jordan Peterson unvermittelt das Google- und YouTube-Konto gesperrt. Doch Hunderttausende nahmen Partei für den Professor, was bei Google zu einem Umdenken führte.

Von Gabriele Kuby

Begonnen hatte es mit seiner Kritik auf seinem YouTube-Kanal an einem Gesetzentwurf, welcher Gender-Begriffe zu einem Menschenrecht und den Widerspruch dazu zur Hassrede und damit zu einem Delikt machen wollte. Seine Gründe erläuterte er in einem BBC-Interview. Er habe vierzig Jahre lang Totalitarismus studiert. Dieser beginne immer mit dem Versuch, das ideologische und sprachliche Territorium zu kontrollieren. «Unter keinen Umständen werde ich diese Gender-Begriffe benutzen, die von Leuten erfunden wurden, die genau dies tun.»

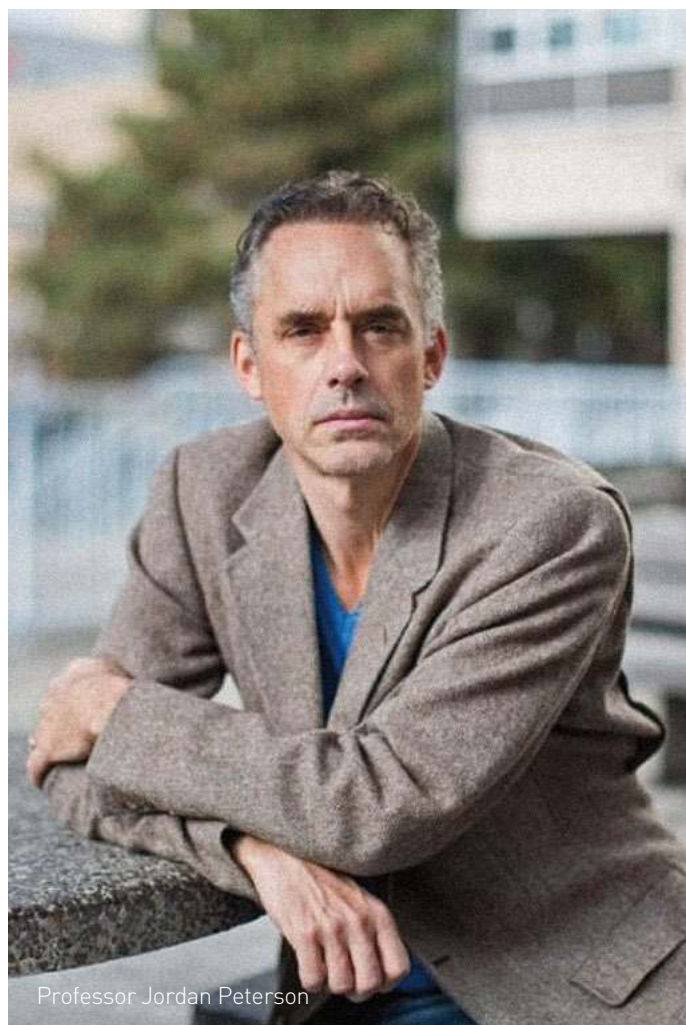
In den Medien und sozialen Netzwerken hagelte es Proteste der Empörung gegen den Professor. Transgender-Aktivistinnen nannten ihn «bigott» und «transphob» – Schimpfworte, die jede Auseinandersetzung mit einem «politisch unkorrekten» Gegner überflüssig machen, vielmehr klar signalisieren, dass diese Person für die Gemeinschaft nicht mehr tragbar ist. Von der Universität erhielt Peterson eine Abmahnung, er dürfe die Rechte von Transgender Leuten nicht verletzen. Manche öffentliche Auftritte konnten nur noch unter Polizeischutz stattfinden.

Professor Jordan Peterson knickte nicht ein, sondern blieb dabei, die ideologische Veränderung der Sprache und die Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung anzuklagen und die verderblichen Konsequenzen für Mensch und Kultur aufzuzeigen. Die Folge: Die Zahl der Followers auf seinem YouTube-Kanal, also jener Personen, welche die Nachrichten des Professors über die Online-Plattform verfolgen, stieg bald auf 375'000 an. Auf seinem Patreon-Konto (Internetkonto zur finanziellen Unterstützung des Professors) gehen monatlich bis zu 30'000 US-Dollar Spenden ein – auch aus der Schweiz! Die Medien reissen sich um ihn für TV-Auftritte und Interviews. Google wird bei seinem Namen über 500'000 mal fündig.

Und dann passierte es: Plötzlich schloss Google die Internet-Konten (Google und YouTube) des Professors – ohne Begründung.

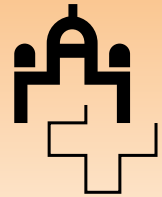
Diese Nachricht verbreitete sich in den sozialen Medien nun aber ebenfalls wie ein Lauffeuer. Berühmte Talkshow-Gastgeber teilten sie mit Millionen von Fans. Die Sache wurde Google zu heiss, und sie schaltete die Konten bald wieder frei.

Ein kleiner Sieg! Aber wer garantiert, dass Google morgen nicht wieder zuschlägt und Konten einfach abschaltet? Google, Facebook und Co. sind die neuen Herrscher dieser Welt – von niemandem gewählt, aber von allen gebraucht. Eine Ideologie, welche die Wirklichkeit leugnet, muss totalitär werden, denn die Wirklichkeit ist stärker als die Lüge. Wer sich wehrt, riskiert die Vernichtung seiner Existenz. Jordan Peterson hat den Mund aufgemacht. Als er das tat, wusste er nicht, wie die Sache ausgeht. Er hätte auch seine Anstellung an der Universität verlieren können. Die Dynamik des Totalitarismus ist immer die gleiche: Die meisten Menschen scheuen ein solches Risiko und machen nur die Faust im Sack. Dabei können wir gemeinsam viel zu einer Positiven Wendung beitragen. Auch in Sachen Gender-Ideologie.



Professor Jordan Peterson

Bericht aus Bern



Dr. Sebastian Frehner,
Nationalrat SVP,
Basel-Stadt

Identität dank einem X im Pass?

In der Schweiz kommen jedes Jahr **über 85'000 Kinder** auf die Welt, **darunter** 40 bis 80, deren Geschlecht – weiblich oder männlich – nicht eindeutig feststellbar ist. Ursächlich für diese sogenannten Sexualdifferenzierungsstörungen sind Anomalien aufgrund der Geschlechtschromosomen, den Geschlechtsorganen sowie den Geschlechtshormonen. Glücklicherweise ist die sogenannte Intersexualität ein rares Phänomen, für die betroffenen Kinder und ihre Eltern stellt dies dennoch eine grosse Belastung dar.

Meine grüne Nationalratskollegin Sibel Arslan hat jetzt in der Gruppe der Intersexuellen eine neue Zielgruppe für die ausufernde Bevorteilung angeblicher Minderheiten ausgemacht. Nach dem Vorbild von Australien und Kanada, die anstelle des Geschlechts im Pass eine dritte Kategorie X eingeführt haben, schwebt Nationalrätin Arslan ähnliches für den roten Schweizer Pass vor.

Damit rennt sie bei unserer Bundesverwaltung offene Türen ein, wie ein kürzlich veröffentlichter Artikel von 20 Minuten zeigt: So ist beim Bundesamt für Justiz zurzeit tatsächlich eine Vorlage betreffend Inter- und Transmenschen zur Änderung des Geschlechts im Zivilstandsregister in Erarbeitung, sagte Eduard Jaun, Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit des «Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann» in besagtem Artikel. Spätestens im November dürfen sich dann interessierte

Kreise zum Thema in der Vernehmlassung äussern.

Wer den Wortlaut von Eduard Jaun genau liest, erkennt, dass es in dieser Vorlage nicht mehr alleine um Geburtsgeborenen – also die Geburt ohne eindeutig feststellbares Geschlecht – gehen soll: Vielmehr sollen auch sogenannte Transmenschen ihr Geschlecht, zumindest vorerst nur im Zivilstandsregister, offenbar frei wählen können. Dabei ist bei diesen das Geschlecht zum Zeitpunkt der Geburt eindeutig. Das «Wunschkonzert» beginnt erst später – nicht umsonst wird bis anhin korrekterweise in der Psychologie diesbezüglich von einer Störung gesprochen. Ein Umstand,

den die Weltgesundheitsorganisation WHO hintertreibt, indem sie auf die «Entpathologisierung» von Transmenschen hinarbeitet – und damit auf die Umkehr davon, was normal ist.

Was also soll letztlich unter der hehren Prämisse der Gleichstellung benachteiligter Menschen – wie das Intersexuelle zu einem gewissen Grad sind – angestrebt werden? Der Fall ist klar: Die Biologie soll

durch Geschlechteridentitäten, die frei wählbar sein sollen, ersetzt werden. Die Folgen einer solchen Abkehr sind ebenfalls klar: In unseren Schulen soll schon bald nicht mehr nach wissenschaftlichen biologischen Erkenntnissen gelehrt, sondern gender-ideologische Pseudowissenschaft vermittelt werden. «Alles ist normal» lautet dann die Botschaft. Dem gilt es rechtzeitig einen Riegel zu schieben, unseren Kindern zuliebe.

Nationalrat Dr. Sebastian Frehner



Neue Tessiner Sexualerziehung basiert auf schädlichen WHO-Standards



Beunruhigende Presseberichte aus dem Kanton Tessin alarmieren in diesen Tagen den Verein Schutzinitiative. Ab Kindergarten soll dort neuerdings Sexualerziehung erteilt werden. Das Thema ist stark umstritten. Auf der Webseite der Tessiner Erziehungsdirektion werden als Grundlagen des Unterrichts die Standards der WHO aufgeführt. Vielen ist nicht bekannt, wie schädlich diese sind.

Auf der kantonalen Webseite des Tessiner Departementes für Erziehung, Kultur und Sport (DECS) wird festgehalten, dass man sich bei der schulischen Sexualaufklärung an den WHO-Richtlinien orientiere. Grossen Wert wird auf eine diffuse «sexuelle Gesundheit» gelegt. Auch ist von gesetzlich nicht existenten «sexuellen Rechten» die Rede.

Die Grundlagen dieser Sexualpädagogik werden von Experten heftig kritisiert, worüber die vorliegende Ausgabe der Schutzinitiative aktuell auf den Seiten 2 und 3 berichtet. Viele Kinderpsychiater, medizinisches Fachpersonal und Wissenschaftler warnen ausdrücklich und in dramatischen Worten vor diesen internationalen Standards, welche den

Kindern schaden würden. Problematisch ist vor allem, dass mit dem frühen Sexualkundeunterricht in den Köpfen der Kinder das Interesse für Sexualität erst recht aktiviert wird. Es werden sexuelle Vorstellungen von Erwachsenen auf die Kinder transportiert, was zu deren Sexualisierung führt.

Legitimiert wird dieser Eingriff der Schule in die elterliche Erziehungshoheit immer mit demselben Argument, das auch der Tessiner Regierungsrat Manuele Bertoli, verantwortlich für das DECS, wiederholt: «Nicht alle Eltern klären ihre Kinder auf, deshalb muss die Schule aktiv werden.» Anstatt sich der «fehlbaren» Eltern anzunehmen und ihnen Hilfestellung bei der Sexualaufklärung ihrer Kinder zu gewähren, erlaubt sich die Schule in sozialistischer Manier, ihre staatliche Erziehung gleich allen Kindern aufzuzwingen. Skandalös ist umso mehr, als diese Erziehung auf WHO-Standards basiert, die der wissenschaftlichen Grundlage entbehren, von ideologischen Gruppierungen erstellt wurden und in keiner Weise demokratisch legitimiert sind.

Der Verein Schutzinitiative wird sich dem Tessiner Sexualkundeunterricht vertieft annehmen und in den folgenden Ausgaben darüber berichten.



Lugano

Spendenaufwurf:

Unterstützen Sie den Verein Schutzinitiative!
Konto: PC 70-80 80 80-1

Telefon für Beratung: 061 702 01 00
www.schutzinitiative.ch, info@schutzinitiative.ch

Impressum:

Schutzinitiative aktuell erscheint 4-mal jährlich / **Abo:** «Schutzinitiative aktuell» finanziert sich durch Gönnerbeiträge. Der kostendeckende Abopreis von CHF 10.- wird nicht erhoben. / **Herausgeber und Redaktion:** Verein Schutzinitiative, Postfach, 4142 Münchenstein, **Tel.** 061 702 01 00, **Fax** 061 702 01 04, info@schutzinitiative.ch, www.schutzinitiative.ch, **Postkonto:** 70-80 80 80-1 / © **Verein Schutzinitiative** / **Bilder:** iStockphoto; S. 1, 5, 6, Rest zur Verfügung gestellt / **Gestaltung:** WJP Werbeagentur AG, 4053 Basel / **Druck:** Spühler Druck AG, Rüti.



JA ZUM SCHUTZ
vor Sexualisierung
in Kindergarten
und Primarschule